

Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus UB-Südpfalz



An die
SPD-Bundespartei
SPD-Abgeordneten der Bundestagsfraktion
SPD-Abgeordneten des EU-Parlamentes

Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Die Freihandelsabkommen **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement) sind in aller Munde und wurden in den letzten Monaten und Wochen stark in der Öffentlichkeit, wie bei Sondersendungen im Fernsehen aber auch bei regionalen Podiumsdiskussionen umfassend diskutiert.

Die EU- Handelskommissarin Cecilia Malmström sagte in der Süddeutschen Zeitung (27. Januar 2015): „TTIP ist kein reines Freihandelsabkommen, es sind Verhandlungen, die über normale Handelsfragen wie Marktzugang für Waren und Dienstleistungen weit hinausgehen“!

Es geht u.a. um

- **Deregulierung von allen Dienstleistungen**
Alle Dienstleistungen (auch zukünftige) sind im Vertrag eingeschlossen, außer sie sind nicht ausdrücklich herausgenommen. Dies gilt dann auch für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.
→ Negativliste
- **Deutsche/Europäische Standards** bei Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutz sollen den Marktzugang von Unternehmen nicht behindern.
→ Ausverkauf unserer erkämpften Errungenschaften
- **Investorenschutz** durch private Schiedsgerichtsverfahren (ISDS)
→ Ausschaltung der staatlichen Gerichtsbarkeit
- **Regulatorische Kooperation** in Gesetzgebungsverfahren bei der EU und in Nationalstaaten
→ Interessen von Konzernen werden den Interessen der Allgemeinheit übergeordnet

Einer der bekanntesten Ökonomen, Prof. Dr. Max Otte, der bereits 2006 die Finanzkrise vorausgesagt hatte, warnt schon lange vor TTIP, er ist der Meinung, dass der angelsächsische Raubtierkapitalismus (Neoliberalismus) und der europäische, rheinische Kapitalismus (soziale Marktwirtschaft) nicht zusammenpassen. Wenn sich die Befürworter dieser sogenannten „Freihandelsabkommen“ durchsetzen würden, bekommen die Weltkonzerne die Macht über unseren Planeten und Nationalstaaten oder auch eine EU verschwinden in die Bedeutungslosigkeit. Hierzu passt die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir müssen die Demokratie marktfähig machen!“. Genau das muss verhindert werden!

Nach reiflicher Diskussion und Abwägung fordern wir deshalb die SPD-Bundesparteispitze sowie die Abgeordneten des EU-Parlamentes und des Bundestages mit Nachdruck dazu auf, den Handelsabkommen TTIP und CETA nicht zuzustimmen!

Der Vorstand der AG 60plus-Südpfalz

→ Weiterleitung an die AG 60plus-Landes- und Bundeskonferenz